

## Pressemitteilung

### Prognosen bestätigt: Schwaches Baujahr 2023

Gestiegene Materialkosten lassen reale Umsätze um 5 Prozent sinken. Aufträge gaben um 4 Prozent nach. Bauunternehmen haben nur noch 1.100 neue Arbeitsplätze geschaffen. Tiefbau nach wie vor solide

10/24  
Berlin, 23.02.2024

Das Statistische Bundesamt meldete für das deutsche Bauhauptgewerbe<sup>1</sup> für den Monat Dezember 2023 im Vergleich zum Vorjahresmonat einen realen Umsatzrückgang von 3,3 Prozent. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich damit für **alle Betriebe** ein Umsatzminus von preisbereinigt 5 Prozent. „Unsere verhaltene Umsatzprognose wird leider bestätigt. Die nominal schwachen Zuwächse wurden 2023 durch die starken Materialpreiserhöhungen aufgezehrt. Auf das laufende Jahr schauen wir mit gemischten Gefühlen: Wir erwarten einen weiteren preisbereinigten Umsatzrückgang von 3,5 Prozent. Und dass, obwohl der Bedarf an Bauleistungen ungebrochen hoch ist.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer der BAUINDUSTRIE, Tim-Oliver Müller, die heute veröffentlichten Konjunkturindikatoren für den Bau. „Auch neue Aufträge bleiben überwiegend aus: Für das Gesamtjahr 2023 wurde ein realer Orderrückgang<sup>1</sup> von 4,4 Prozent gemeldet.“ Dass der Auftragseingang im Dezember<sup>1,2</sup> im Vergleich zum Vorjahresmonat um real 4,2 Prozent gestiegen sei, sei nicht auf eine Verbesserung der Baukonjunktur, sondern lediglich auf einen Basiseffekt zurückzuführen: Im Dezember 2022 sei schon ein reales Minus von 23 Prozent ausgewiesen worden.

#### ARBEITSPLÄTZE

Aufgrund dieser schlechten Entwicklung hätten die Bauunternehmen im vergangenen Jahr nur noch 1.120 neue Arbeitsplätze geschaffen, nach 15.200 im Jahr 2022. Für 2024 rechnet der Verband sogar mit einem vor allem demographisch bedingten Rückgang von 10.000 auf dann jahresdurchschnittlich 918.000 Beschäftigte. „Das ist der erste Beschäftigtenrückgang seit 2008. Langfristig haben wir das Problem, dass beim Anspringen der Nachfrage das Personal fehlt. Dies ist besonders bitter im Wohnungsbau, der vom Beschäftigtenabbau betroffen ist. Demgegenüber werden in den Tiefbausparten weiterhin neue Mitarbeiter eingestellt“, fasst Müller die Arbeitsmarktsituation der Branche zusammen.

#### STIMMUNG

Müller: „Natürlich ist die Stimmung am Bau unter solchen Vorzeichen schlecht. 22 Prozent beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage als schlecht, 44 Prozent erwarten sogar noch eine Verschlechterung in den kommenden 12 Monaten (DIHK-Umfrage Anfang 2024). Die Stimmung zu Jahresbeginn war nur während der Finanzkrise 2009 schlechter. Im Hochbau befürchtet sogar jeder zweite eine Verschlechterung. Angesichts der desolaten Lage am Wohnungsbaumarkt ist das kein Wunder.“ Der Verband erwarte für 2024 im Wohnungsbau einen Umsatzeinbruch von real 12 Prozent, nach 12 Prozent 2023.

Das Bild der Branche bleibt nach wie vor vielschichtig: „Trotz der eingetrübten Zahlen bleiben die Unternehmen standhaft und sind zweckoptimistisch. Denn Wohnungen werden dringend gebraucht. Kaum ein innenpolitisches Thema wird in den kommenden Monaten und auch im Bundestagswahlkampf 2025 eine solch brisante Rolle spielen.“

## **BAUSPARTEN**

Eine leichte Entspannung sei hingegen im Wirtschaftsbau zu erwarten. Die Großprojekte im Bahn- und Kabelleitungsbau des vergangenen Jahres werden sich im Umsatz 2024 bemerkbar machen. Die BAUINDUSTRIE erwarte ein reales Umsatzplus von zwei Prozent, nach einem Rückgang von einem Prozent im vergangenen Jahr.

Auch im Öffentlichen Bau seien die Umsätze 2023 um real ein Prozent zurückgegangen, was überwiegend der überdurchschnittlichen Baumaterial- und somit Baupreissteigerung und der daraus resultierenden schwachen Entwicklung im Straßenbau geschuldet sei. Für 2024 rechne der Hauptverband allerdings mit einem leichten Plus von einem Prozent. „Um dem Substanzverlust bei unserer Infrastruktur aber nachhaltig zu begegnen, müssten Bund, Länder und Kommunen ihre Investitionsbudgets weiter erhöhen und langfristig verstetigen“, fordert Müller. „Ansonsten wird der Standort Deutschland weiter geschwächt. Deshalb müssen dringend für alle Verkehrsträger langfristige Finanzierungsvereinbarungen getroffen werden, schließlich darf die Funktionsfähigkeit unserer Verkehrsnetze nicht von jährlichen Unvorhersehbarkeiten politischer Debatten abhängig sein.“

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes

<sup>1</sup> Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten | <sup>2</sup> kalenderbereinigt